

Deutschland und Polen: politisches Miteinander

Beziehungen im Spannungsfeld zwischen zivilgesellschaftlichen Fragen, nationalen Interessen und der EU-Integration

Die bilateralen Beziehungen zwischen der BRD und Polen entwickeln sich einerseits vor dem Hintergrund der EU-Integration, in die beide Staaten eingebunden sind - wenn auch mit unterschiedlichen Akzentuierungen und Rollen. Die jeweiligen Regierungen haben bereits in den frühen neunziger Jahren auf die Erweiterung und - mit Einschränkungen - Vertiefung der (Wirtschafts-)Integration der EU inklusive Polens gesetzt. Insofern sind auch die politischen, wirtschaftlichen und auch kulturellen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland der Jahre 1989-2005 stets vor diesem Hintergrund der expandierenden EU zu betrachten - und nur so adäquat zu verstehen. Von Jan Opielka

Grundzüge der Beziehungen

Im Gesamtkontext der West-Integration Polens ist auch der NATO-Beitritt des ehemals kommunistischen Staates zu sehen, der insbesondere die politischen Beziehungen zu Deutschland in der Zeit zwischen etwa 1990 und 1997 stark verbessert hat, denn Deutschland trat in der Frage des polnischen Beitritts in das transatlantische Verteidigungsbündnis als der selbsternannte „Anwalt Polens“ (Helmut Kohl) auf. Der andere bedeutsame Hintergrund im polnisch-deutschen Verhältnis ist aber - und dies ist fast immer eine Besonderheit außenpolitischer Beziehungen zu direkten geographischen Nachbarn - in den geschichtlich entstandenen Bindungen zu sehen. Diese umfassen sowohl starke gegenseitige Einflussnahme, wobei der deutsche Einfluss in Polen stärker wirkte als umgekehrt, sowie große Verwerfungen, Krieg und großes Leid, vor allem hervorgerufen durch den Zweiten Weltkrieg. Die Grenzverschiebungen und die Grenzstreitigkeiten, welche bereits seit der wiedererlangten Unabhängigkeit Polens 1918 an Brisanz gewannen und seit Kriegsende 1945 noch weiter zugespitzt wurden, hinterlassen bis heute ihre Spuren - das aber weit stärker, so scheint es, auf der zivilgesellschaftlichen denn auf der politischen Ebene. Beide genannten Aspekte, also die supranationale bzw. internationale Ebene sowie die genuin deutsch-polnischen Verflechtungen und Abkommen, stehen nun in einem bestimmten Spannungsverhältnis zueinander. Dieses Spannungsverhältnis umfasst einerseits die wirtschaftlich und (EU-)politische Integration, Kooperation und Bindung, andererseits aber auch die Bezugnahme auf nationale Interessen sowie auch Empfindlichkeiten, und das oftmals mit Rückgriff auf die geschichtlich bedingten Verwerfungen. Dennoch lässt sich feststellen, dass die deutsch-polnischen Beziehungen - im Rahmen einer „Werte- und Interessengemeinschaft“ (ehem. poln. Außenminister Krzysztof Skubiszewski) - im Zeitraum seit 1989 bis heute eine deutliche Verbesserung und Vertiefung

erfahren haben. Auf der Grundlage einer doppelten Transformation (Demokratisierung und Marktöffnung), die in Polen ab 1989 stattgefunden hat, konnten Fortschritte erzielt werden, die sich nicht nur auf der wirtschaftlich-pragmatisierten und integrationspolitischen Ebene der EU ausmachen lassen, sondern auch im bilateralen Verhältnis Polen-Deutschland eine insgesamt positive Entwicklung erfahren haben. Dennoch ist das deutsch-polnische Verhältnis nach wie vor durch starke Asymmetrien gekennzeichnet. Diese äußern sich nicht nur in der unterschiedlichen Wirtschaftskraft und damit einhergehend dem ungleichen (wirtschafts)politischen Einfluss beider Länder, sondern auch im (sich änderndem)

Die Annäherung der beiden Staaten kann heute durchaus auch als identitätsstiftend im Sinne einer europäischen Wertegemeinschaft interpretiert werden.

Selbstverständnis bezüglich der jeweils eigenen Rolle. Dieses geschieht nicht nur im Kontext der sich erweiternden und vertiefenden EU, sondern auch im Zusammenhang globalpolitischer Fragestellungen, insbesondere der Rolle und dem Bündnisverhalten bei Kriegseinsätzen. Daher tragen die deutsch-polnischen Beziehungen im Kontext des stärker werdenden supranationalen Überbaus durch die fortlaufende Institutionalisierung der EU-Strukturen immer stärker einen regionalpolitischen Charakter. Doch trotz dieser äußeren Einwirkungen könnte das deutsch-polnische Verhältnis innerhalb der EU einen Modellcharakter für die Kooperation zweier Staaten und ihrer Gesellschaften unter Einbeziehung der historischen Erfahrung gewinnen, die in der Geschichte die größtmögliche Katastrophe erlebten.

Europa als ‚Beziehungshelfer‘ bei deutsch-polnischen Problemen

Durch Übernahme europäischer Gesetzgebung und des *acquis communautaire* durch Polen (wie auch durch die anderen neun Beitrittsländer) wurden zum Teil deutsch-polnische Auseinandersetzungen ohne der Notwendigkeit eines Abschlusses bilateraler Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern gelöst. Ein treffendes Beispiel hierfür sind etwa die Freizügigkeit von Personen innerhalb der EU, die nun auch deutsche Vertriebene und ihre Nachkommen

dazu berechtigt, sich in Polen anzusiedeln - eine Regelung, die vor dem EU-Beitritt durch Polen abgelehnt wurde. Ebenso konnte die Einschränkung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Personen aus den neuen Beitrittsländern nur zeitlich befristet werden. Auch in der Frage des Erwerbes von Land und Immobilien durch Ausländer - eine Position, die in Polen vor allem aus der Kontroverse um Entschädigungen für Vertriebene resultierte - konnte die polische Seite lediglich eine Übergangsfrist von zwölf Jahren aushandeln, denn ein grundsätzliches Verbot wäre mit EU-Gesetzen nicht vereinbar. Insofern löste der Beitritt in die EU einige Probleme, die einen genuin deutsch-polnischen Charakter trugen oder weiterhin tragen. Inwieweit solche Problemlösungen durch übergeordnete Strukturen wie die EU aber wünschenswert und langfristig auch tatsächlich in den beiden Gesellschaften als Lösungen akzeptiert werden, bleibt abzuwarten.

Durch Abgabe von Souveränitätsrechten an die EU - die durch die Verfassungskrise allerdings zum Stocken geraten ist - können bilaterale Beziehungen zwischen zwei Staaten, die in einem supranationalen (bzw. föderalistischen Überbau) eingeordnet sind, kaum Bedeutung für multilaterale Vereinbarungen gewinnen. Dennoch können

Allzu häufig wird bei national bedingten Interessenkonflikten zwischen den EU-Staaten das ‚nationale Interesse‘ polemisch aufgegriffen und aufgearbeitet.

möglicherweise gerade die deutsch-polnischen Beziehungen auf einem anderen Feld wichtige Impulse setzen. Denn obgleich viele der zwischen Deutschland und Polen bilateral getroffenen Übereinkommen einen durch nationale Interessen geleiteten Charakter tragen, kann die Annäherung der beiden Staaten durchaus auch als identitätsstiftend im Sinne einer europäischen Wertegemeinschaft interpretiert werden, die bereits heute eine zu den USA konträre „Konfliktlösungskultur“ zu propagieren sucht.

Die Ost-West-Annäherung

Die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen war seit 1990 in ihrer Ausprägung auch möglich als Folge der Ost-West-Entspannungspolitik und in diesem Rahmen der Ostpolitik Willy Brandts seit 1969, welche somit wichtiges Fundament für eine friedliche Wende in den Jahren 1989/90 war - mit der Folge einer Regelung des grenzpolitischen Status Quo zwischen Polen und Deutschland. Eine ähnlich angelegte, jedoch wesentlich tiefer greifende Neu-Konfiguration der europäischen Landkarte ergab sich in der Folge aus der wirtschaftlichen und politischen Durchdringung der ehemals sozialistischen

Staaten durch die EU seit 1989/90, die mittlerweile zumindest teilweise in beide Seiten wirkt, zumal durch die relativ demokratischen Entscheidungsmechanismen innerhalb der EU. Dieses eröffnet die Möglichkeiten einer zwar asymmetrischen, aber dennoch grundsätzlich gegenseitigen Durchdringung - im Bezug etwa auf sicherheitspolitische Rahmenkonzepte, (im geringen Masse) auf wirtschaftliche Kooperationen, aber auch bezüglich der gegenseitigen kulturellen Einflussnahme und der zunehmenden gesellschaftlichen Verflechtung der europäischen Einzelstaaten. Bezogen auf die geographischen Nachbarn Polen und Deutschland bedeutet dies - vor dem Hintergrund der gemeinsamen Vergangenheit, der unterschiedlichen politischen Kulturen und sicherheitspolitischen Konzeptionen als auch aufgrund der unterschiedlichen geopolitischen Situation und Ausrichtung - die Bildung einer Interessengemeinschaft im Hinblick auf bilaterale Fragen, aber auch auf die Zusammenarbeit in den europäischen (Süd) Osteuropa-Konzeptionen, in welche beide Staaten unterschiedliche Instrumente einbringen können (so etwa bei der Entwicklung in der Ukraine im Nov./Dez. 2004). Es kristallisieren sich zwei Optionen in der polnischen Außenpolitik heraus: Einerseits eine mögliche

‚Sozialisation‘ in die europäischen Strukturen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP) - im Rahmen einer intensivierten Ostpolitik der EU - oder eine Konfliktverschärfung innerhalb der GASP bei einer weiterhin verfolgten Doppelstrategie Polens, wobei die polnische Sicherheitspolitik weiterhin an die USA bzw. die NATO gebunden wird. Spätestens seit den erfolgreichen Beitrittsverhandlungen und dem

vollzogenem Beitritt 2004 und zusätzlich bestärkt durch die Mitwirkung Polens beim Irakkrieg, nahm die polnische Führung eine zunehmend emanzipierte Position etwa im Bezug auf EU-Fragen wie auch auf die Verfassungsdebatte ein. Dieses stößt wiederum auf Unverständnis der politischen Eliten (sowie der Öffentlichkeit) in Deutschland, weil bis zu diesem Zeitpunkt in den bilateralen Beziehungen einzelne zu lösende Fragen nicht nur nicht gelöst, sondern zum Teil gar nicht verhandelt wurden.

Aufarbeitung und europäische Identität

Als Ergänzung der nationalstaatlichen Zugehörigkeiten von Bürgern der Mitgliedsstaaten könnte sicherlich auch die EU sinn- und identitätsstiftend wirken. Momentan vermag sie jedoch noch längs tricht die nationalen Identitäten allzu massiv zu beeinflussen, geschweige denn zu ersetzen. Wo diese europäische Identitätsstiftung scheinbar gut funktioniert, braucht sie allzu häufig noch der negativ besetzten Gegenseite - wie der fast einhellige Protest (am 15.2.2003) in den meisten europäischen Staaten gegen den Irakkrieg zeigte, bei der vor allem die US-amerikanische Regierung am Pranger stand. Zwar gab es hier

ANZEIGE

<p>Das Herder-Institut ist seit seiner Gründung im April 1950 eine der zentralen Institutionen der historischen Ostmitteleuropaforschung in Deutschland. Als eine unverzichtbare wissenschaftliche Serviceeinrichtung wird es gemeinschaftlich vom Bund und allen sechzehn Bundesländern gefördert.</p> <p>Es unterstützt, organisiert und betreibt Forschungen zur Geschichte der Länder und Völker des östlichen Mitteleuropa in den historischen und gegenwärtigen</p>	<p>Grenzen der heutigen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei, Estland, Lettland und Litauen.</p> <p>Sein besonderes Augenmerk gilt den kulturellen, ethnischen und politischen Wechselbeziehungen und Austauschprozessen, die Ostmitteleuropa seit dem Mittelalter in hohem Maße geprägt haben. Ein wichtiges Anliegen ist die vergleichende Betrachtung der ostmitteleuropäischen Geschichte und ihre Vermittlung und Integration in ein gesamteuropäisches Geschichtsbild.</p>	<p>Die Leitziele des Herder-Instituts umfassen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Bereitstellung, systematische Erweiterung, Erschließung und Konservierung von andernorts nicht verfügbaren Spezialsammlungen • die Erstellung grundlegender Hilfsmittel für die Forschung • die Durchführung eigener programmgebundener Forschung • die Förderung des Wissenschaftsdiskurses und Wissenstransfers auf nationaler und internationaler Ebene 	 <p>HERDER INSTITUT</p> <p>Ein Zentrum der historischen Ostmitteleuropaforschung</p> <p>www.herderinstitut.de</p>
---	---	---	--

Ausdifferenzierungen - so äußerte sich die Ablehnung in Deutschland und Frankreich weitaus vehementer als etwa in Polen - jedoch wurde als gemeinsames Erklärungsmuster häufig die gemeinsame tragische europäische Geschichte insbesondere mit den beiden Weltkriegen herangezogen, welche als Folge eine andere Konfliktlösungskultur als die USA hervorgebracht haben. In einem Gespräch mit dem polnischen Historiker Adam Krzeminski sagte Jürgen Habermas unlängst: „Europa ist heute in einem miserablen Zustand. Soziale Egoismen lassen sich nach den üblichen Verfahren der Kompromissbildung bearbeiten, nationale Mythen nicht.“ Er konstatiert für Europa einen Mangel an ‚Grundvertrauen‘ gegenüber den anderen Mitgliedstaaten. Und: „Dieses Grundvertrauen fehlt, wenn wir uns noch nicht als Mitglieder ein und desselben Gemeinwesens sehen“ (1).

Das Jahr 2005 bringt in seinem Gefolge eine Vielzahl an Jahrestagen, die an die zahlreichen Übel als auch an die Lichtmomente der deutsch-polnischen Geschichte erinnern. Die Beendigung des Zweiten Krieges jährt sich zum 60ten Mal - dieses Ereignis fand den größten Widerhall auch in der deutschen Öffentlichkeit. Bereits 40 Jahre her ist der aufrüttelnde Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe, der die ersten wichtigen Versöhnungsschritte zwischen beiden Nationen markierte. 35 Jahre sind seit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen vergangen - der deutsch-polnische Meilenstein innerhalb der Ost-West-Entspannungspolitik. 15 Jahre sind seit dem deutsch-polnischen Grenzvertrag, der die Fundierung für eine Normalisierung der Beziehungen seit dem Zusammenbruch des Ostblocks lieferte, ins Land gegangen. Sehr einhellig bezeichnet die Mehrheit der deutschen und auch polnischen Publizisten und Wissenschaftler die Beziehungen zwischen den beiden Staaten als insgesamt gut, jedoch klingen die gleichzeitig geäußerten Einschränkungen ebenfalls relativ ähnlich: es sind auf der binationalen Ebene vor allem die weiterhin

aufgeworfenen Fragen zur Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Viele Autoren konstatieren eine mittlerweile erschöpfte Rolle der politischen Eliten und des Staates in diesen Fragen, da beide Staaten bereits eine weitgehende rechtliche Einigung erzielt hätten. So betont etwa Jerzy Holzer, dass die weitere Aufarbeitung nun in den Händen der Historiker und Ethiker beider Länder liege (2). Tatsächlich kann eine Aufarbeitung der historischen Vorgänge in ihrem Kern als historisch abgeschlossen gelten. Es geht vielmehr um den Dialog über und die Interpretation der vorliegenden Dokumentationen und Forschungsergebnisse, sowie auch um den kritischen Dialog mit den Beteiligten. Ein solcher Dialog könnte möglicherweise zur Bildung einer ‚europäischen Identität‘ beitragen, wie sie Habermas im Jahr 2003 bei seiner skizzierten ‚Wiedergeburt Europas‘ zeichnete.

Nationale Alleingänge oder gemeinsamer Dialog?

Allzu häufig wird bei national bedingten Interessenkonflikten zwischen den EU-Staaten noch das ‚nationale Interesse‘ polemisch aufgegriffen und aufgearbeitet. So wirken etwa bei Auseinandersetzungen im deutsch-polnischen Verhältnis allzu leicht die gängigen, klischeeüberladenen Muster vom Nachbarn mit. Notwendig erscheint daher eine ‚richtige‘ Weichenstellung im Bezug auf die Aufarbeitung der Geschichte, die, so etwa die Historikerin Anna Wolff-Poweska, von einem ‚aufrechten Dialog (...) zwischen Partnern in einem demokratischen Europa‘ gekennzeichnet sein müsse (3). Dieser Dialog muss vor allem auch deshalb geführt werden, da Europa in seiner geschichtlichen Erinnerung noch lange nicht zusammenwachsen werde. Habermas betont, bezogen auf die binationale bzw. internationale Ebene, dass die einzelnen europäischen Staaten zunächst einmal selbst mit der eigenen Geschichte ins Reine kommen müssen, bevor sich in einem zweiten Schritt ein ‚europäisches Geschichtsgedächtnis‘ aus der ‚wechselseitigen Perspektivenübernahme‘ bilden kann. Da dieser Prozess

des ‚Ins-Reine-Kommens‘ aber nicht an einem bestimmten Zeitpunkt als abgeschlossen gelten kann, bedarf es wohl einer parallel verlaufenden, europäischen Diskussion, die weitere Problem-Perspektiven mit integriert.

Ein konkretes europäisches Beispiel einer europäischen Diskussion ist etwa der zunächst zaghafte Versuch, im Rahmen eines „Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität“ eine europäische Erinnerungskultur vor allem im Kontext der Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges anzustoßen und diese möglicherweise langfristig zu etablieren. Die Rahmenvereinbarung des Netzwerkes wurde bislang von Deutschland, der Slowakei, Polen und Ungarn unterzeichnet, es ist aber für weitere Staaten offen. Es setzt sich zum Ziel, „Analyse, Dokumentation und Verbreitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts, eines Jahrhunderts der Kriege, der totalitären Diktaturen und der Leiden der Zivilbevölkerung - als Opfer von Kriegen, Unterdrückung, Eroberung, Zwangsmigrationen sowie als Opfer von nationalistischen, rassistischen und ideologisch motivierten Repressionen“ zu erarbeiten und zu vermitteln (4). Dabei will das Netzwerk vor allem bereits bestehende Einrichtungen zur Zusammenarbeit bewegen, also keine neuen Zentren errichten. Diese europäische Initiative ist vor allem auch als eine Antwort auf die Einrichtung des ‚Zentrums gegen Vertreibungen‘ in Berlin zu sehen, das insbesondere vom Bund der (deutschen) Vertriebenen (BdV) forciert wird, das aber auch zahlreiche deutsche Intellektuelle unterstützen. Bezogen etwa auf die Aufarbeitung ‚der Vertreibungen‘ in ihrer europäischen Dimension (nicht alleine der Vertreibungen der Deutschen) kann es aber keinen nationalen Alleingang geben, zumal geführt von einer Organisation wie dem BdV, bei der in den vergangenen Jahrzehnten nicht gerade die kritische Aussöhnung als Wirkungsziel identifiziert werden konnte.

Werte - Gemeinschaft

Von großer Bedeutung erscheint in diesem Kontext, dass binationale Projekte auf der zivilgesellschaftlichen Ebene, wie etwa das deutsch-polnische Jahr 2005/2006, nicht als eine bloße Propaganda-Fläche für die Kultivierung eines „Versöhnungskitsches“ (5) oder für das Überspielen ernsthafter Dissonanzen, die zwischen beiden Ländern weiterhin bestehen, benutzt werden. Vielmehr sollten derartige Projekte als Räume für die zu führenden, kritischen Dialoge fungieren. Dieses schließt eine Debatte über kulturelle und gesellschaftliche Fragestellungen ebenso ein wie eine zu führende Kontroverse über das wechselseitige Verständnis, über die anvisierten Ziele im EU-Integrationsprozess sowie die angestrebte Kooperation bei der Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte. Einer auch gesellschaftlich anzuvisierenden europäischen Integration sollte unbedingt ein Unterbau zu Grunde liegen, bei dem die Bürger Deutschlands und Polens (und der europäischen Nationen) ihre geschichtlich bedingten Verwerfungen im langwierigen Dialogprozess zumindest in wichtigen Teilen gemeinsam aufarbeiten. Leider ist die Europäische Union (noch) keine Sozialunion. Dennoch ist ein grundlegender Konsens notwendig, der sich nicht in einer Zustimmung zu demokratischen Staatsstrukturen

POLSKI SKLEP POLNISCHES GESCHÄFT



- Polnische Wurst
- Bigos
- Flaczki
- Kluski
- und viel mehr...

Polnische und Schlesische Spezialitäten
Kleine Mühlgasse 4
35390 Gressen
Tel./Fax.: 0641 971 94 05

und der Marktwirtschaft erschöpfen darf. Eine Wertegemeinschaft, zumal eine zwischen Deutschland und Polen, muss einen Konsens über die Interpretation der Geschichte mit enthalten. Sonst läuft sie Gefahr, bei möglichen zukünftigen Störungen des gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa und der Welt allzu leicht von nationalen Mythen ausgehebelt zu werden, die in beiden Gesellschaften immer noch identifizierbar sind. Deshalb sollten die jetzt eingeschlagenen Wege, auch in Bezug auf die Aufarbeitung der Kriegsfolgen und der Nachkriegsgeschichte, gut gewählt werden. Allemal fruchtbarer und dauerhafter als große Zentren oder Lippenbekenntnisse von höchsten Stellen sind dabei eher leise und lokale Begegnungen, Diskussionen und Initiativen. Werden diese meinungsgebend, so werden auch für die nachfolgenden Generationen die Spuren in die europäische Vergangenheit, und damit auch in die Zukunft, nicht auf einen Irrweg führen.

Quellen:

- (1) Habermas, Jürgen: „Europa ist heute in einem miserablen Zustand“, im Gespräch mit dem polnischen Publizisten Adam Krzeminski, in: Die Welt, 4. Mai, 2005, 103-18, S. 1 und S. 28.
- (2) Holzer, Jerzy; Jozef Fiszer (Hg.): Stosunki Polsko-Niemieckie w latach 1970-1995. Proba bilansu i perspektywy rozwoju. Instytut studiow politycznych PAN, Warszawa, 1998. S. 47-58.
- (3) Wolff-Poweska, Anna: Krieg und Erinnerung: Polen und Deutsche suchen in der Vergangenheit nach Elementen für ihre neue Identität. In: Dialog, Deutsch-Polnisches Magazin, Nr. 69/70, 2005. S. 70-74.
- (4) <http://www.bundesregierung.de/artikel-413.782733/Absichtserklaerung-ueber-die-G.htm>; Zugriff: 12.05.05
- (5) Bachmann, Klaus: „Von der Euphorie zum Misstrauen. Deutsch-polnische Beziehungen nach der Wende.“ In: Osteuropa 8/2000, S. 853-871.